

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 03

Juli 2013

Jahrgang 42

Rekommunalisierung auf die Tagesordnung

Ein Kandidat für unsere Stadt

Holzheu: „Die öffentliche Daseinsvorsorge dem Privatisierungstrend entreißen“
CDU/CSU-FDP für die Kommunen nichts getan!

Städte und Gemeinden sind die Orte in denen Menschen leben und arbeiten. Die Heidenheimer DKP steht in unserer Stadt an der Seite der arbeitenden Menschen, der lernenden Jugend und der älteren Generation. Kommunisten sind in unserer Stadt kommunalpolitisch aktiv, schauen aber über den kommunalen Rand hinaus und verbinden so die Landes- und Bundespolitik mit der Kommunalpolitik.

Unser Direktkandidat für Berlin, Johan Holzheu, ist ein Kandidat für unsere Stadt. Er schaut über den Rand und stellt fest: „Schwarz/Gelb hat zur Verbesserung der Finanzen für unsere Städte nichts getan. Im Gegenteil, allein durch die Änderungen der Steuergesetze haben die „Schwarzen“ den Reichen gedient und den Kommunen ist dadurch ein Minus von 7,2 Milliarden Euro entstanden.“

Mittel aus dem Bundeshaushalt für Städtebauförderung, Bundesprogramme, die für die Kommunen wichtig sind, wurden Jahr für Jahr reduziert.

Die Infrastruktur in den Städten verfällt weiter. Es fehlen laut einer Untersuchung der KfW-Bank allein zur Verbesserung der Infrastruktur rund 128 Milliarden für Wohnungsbau, Schulen, ÖPNV, Kin-

derbetreuung, für die Gestaltung öffentlicher Plätze usw.

Die DKP stellt fest

Die DKP Heidenheim unterstützt Forderungen der verschiedensten Fokusgruppen, die insbesondere infrastrukturelle Ziele verfolgen. Die DKP wehrt sich entschieden gegen die Privatisierung kommunaler Ziele und ist gegen die Vergabe kommunaler Aufgaben an Immobilienspekulanten, Sie verurteilt die städtebauliche Diktatur von Investoren.

Rekommunalisierung auf die Tagesordnung

Die Entwicklung zeigt, die Zeit der Privatisierung ist vorbei. Kommunalisierung oder Rekommunalisierung müssen verstärkt auf die Tagesordnungen. Frühere Privatisierungsentscheidungen waren nicht hinreichend durchdacht. Das von privaten Unternehmen gebotene Preis-Leistungs-verhältnis hat nicht gestimmt. Die Daseinsvorsorge und alle Grundbedürfnisse, z.B. der Mietwohnungsbau, so die DKP Heidenheim, dürfen nicht von Immobilienspekulanten oder privaten Wohnungsbauinvestoren beherrscht werden. Kommunale Entscheidungen, die unseren Grundbedürfnissen zuzurechnen

sind und die Daseinsvorsorge vor Ort betreffen, dürfen nicht an private Dienstleister übertragen werden.



Johann Holzheu
geb.: 03.08.1944
Dipl. Pädagoge

Stadtwerke: Gläserne Taschen!

Die Heidenheim DKP fordert bei den Stadtwerken Gläserne Taschen und fordert die Stadtverwaltung auf, mit kommunalisierten Stadtwerken wieder mehr Demokratie zu wagen. Die Versorgung der Haushalte mit Strom, Gas und Wärme zählen zur Daseinsvorsorge unserer menschlichen Grundbedürfnisse. Hier liegt es nahe einen kommunalen Mitbestimmungsschritt zu tun.

Ein erster aktueller und geeigneter Schritt wäre die öffentliche Bekanntmachung des neu gefassten Konzessionsvertrags.



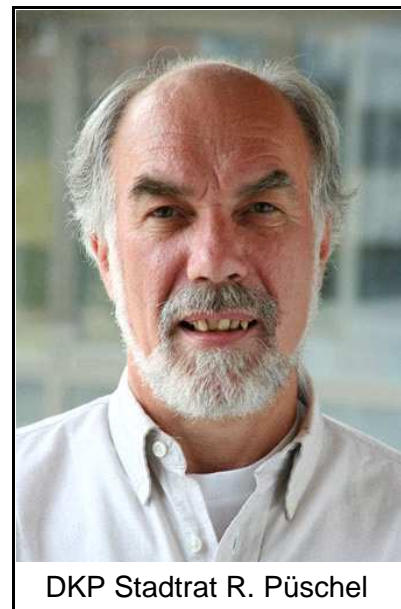
Ab 1. August 4,9 Prozent mehr

HVG erhöht Fahrpreise

Stadtbuslinien immer unattraktiver

Die DKP Heidenheim verurteilt die vom Kreistag genehmigte Fahrpreiserhöhung der HVG von 4,9 Prozent. Nach Meinung der DKP ist diese Erhöhung sozial nicht begründbar. Sie richtet sich gegen einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und wird den prognostizierten Rückgang der Fahrgastzahlen nicht ausgleichen. Was Heidenheim braucht ist ein ÖPNV mit kürzeren Taktzeiten und eine bessere Andienung der Umlandgemeinden. Die DKP unterstützt uneingeschränkt die von der Fokusgruppe Rad-, Fußgängerverkehr / ÖPNV erarbeiteten Vorschläge zur Verbesserung der Innenstadtmobilität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Forderung nach Job- und Sozialtickets ist längstens nicht erfüllt. Die von Kreistagsmitgliedern wiederholte Forderung, über verbesserte

ÖPNV-Strukturen nachzudenken, muss auf die politische Tagesordnung. Dazu zählt die Zurückdrängung des motorisierten Quell-Zielverkehrs sowie des ansteigenden LKW-Durchgangverkehrs. Weniger motorisierter Individual- und weniger LKW-Durchgangsverkehr reduziert die Feinstaubbelastung und fördert so die Lebensqualität in unserer Stadt.



DKP Stadtrat R. Püschel

Katastrophenschutz hat eine Alibifunktion

Eine Studie des Bundesamts für Strahlenschutz aus dem Jahr 2012 hat ergeben, dass bei einem Atomunfall in Gundremmingen große Gebiete bis zu 170 Kilometer im Radius verstrahlt würden.

Nicht erst seit heute, über Jahrzehnte verfolgt die DKP Heidenheim das Gefahrenpotential des Atomkraftwerkes in Gundremmingen. Anliegen der DKP Heidenheim ist es, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Heidenheim über den „Schutz“ bei einem GAU, dem größtmöglichen Atomunfall, aufzuklären.

Tschernobyl ist weit weg, Fukushima noch weiter, Heidenheim liegt lediglich 22 Kilometer vom Katastrophepunkt Gundremmingen entfernt. Was liegt also nach menschlichem Ermessen näher, als genaueres über den Schutz von Leib und Leben bei einem atomaren Katastrophenunfall zu erfahren.

Letztmals 2011 hatte die DKP Heidenheim in dieser Sache Schriftkontakt mit der Landkreisverwaltung Heidenheim. Mit dem Ausbau von Gundremmingen zu einem atomaren Zwischenlager haben sich die sicherheitspolitischen Zweifel im Kreistag verschärft. Möglicherweise seien die Wände und Decken bei einem Airbus-Absturz zu dünn.

In einem Anschreiben an das Landratsamt fordert die DKP Heidenheim, die Bevölkerung über die aktuellen Katastrophenschutzmaßnahmen aufzuklären.



Gagfah-Skandal nicht vergessen machen

Es nützt nicht. Auch wenn die Gagfah mit Spenden für Soziales, Kultur und Sport von 150.000 Euro den Versuch unternimmt ihre mieterfeindliche Strategie zu verschleiern, und sich OB Ilg, federführend beim Verkauf des ehemaligen GBH und städt. Mietwohnungsbestands, stellvertretend dafür bedankt. Die Gagfah ist und bleibt eine Immobilienheuschrecke, so wie sie beim tausendfachen Bürgerprotest 2007 benannt wurde. Es gibt keine Rehabilitation für die zustimmenden Gemeinderäte und für die Befürworter aus der Stadtverwaltung, auch wenn dafür die Finanzierungsgrundlage für die „Gagfah-Arena“ heute „VOITH Arena“ gelegt wurde.

Mit einem Schreiben des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der DKP Heidenheim fordert die DKP Heidenheim die Gagfah auf, Ross und Reiter zu nennen, der Öffentlichkeit mitzuteilen an welchen vermieteten Wohnungen, die von den Mietern geforderten Instandsetzungs- oder von den Mietern geforderten Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden oder werden.

„Helfen Sie den Mieterinnen und Mietern in Ihren Objekten durch Ihre Bereitschaft, konkrete Angaben über Ihre Maßnahmen zu veröffentlichen“, so die DKP Heidenheim. Die DKP wird das Antwortschreiben veröffentlichen.



Vermögenssteuer jetzt

In einem von der Fraktion Die Linke/DKP initiierten Antrag, der mittlerweile von 16 Stadträten aus den Fraktionen Grüne und SPD sowie von Stadtrat Maier unterzeichnet wurde, wird der Gemeinderat aufgefordert folgenden Beschluss zu fassen:



Der Gemeinderat der Stadt Heidenheim unterstützt die Initiative „Vermögenssteuer jetzt“.



Der Gemeinderat und der Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim setzen sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.

Die Krise hat zu einer beträchtlichen, zusätzlichen Staatsverschuldung geführt. Schuldenbremse und Fiskalpakt führen dazu, dass es für die öffentlichen Haushalte zunehmend schwieriger wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die Kommunen.

Mit der Forderung „Vermögenssteuer jetzt“ unterstützt der Gemeinderat der Stadt Heidenheim die bundesweite Initiative. Eine interessante nachahmenswerte Dreiparteienkoalition für einen gemeinsamen Antrag, der sicherlich dem derzeitigen Bundestagswahlkampf zuzuschreiben ist.

Der Aufruf „Vermögenssteuer jetzt!“ wurde bisher in rund 40 Städten beschlossen.



**Wir fordern nichts Unmenschliches, sondern das Normalste der Welt:
Ein Recht auf Stadt im Sinne des Gemeinwohls.**

Ehemalige VOITH-Gießerei im zweiten Insolvenzverfahren.

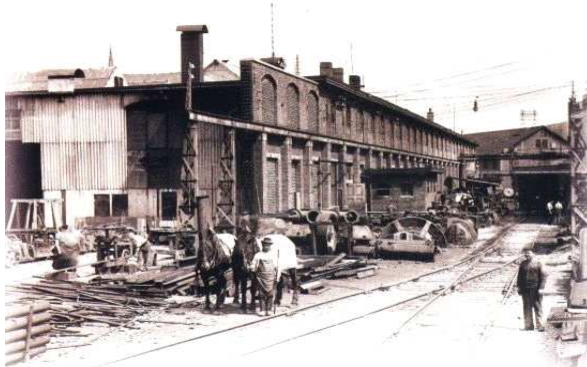
Vorbei mit der Zukunft?

Verantwortung bleibt!

Was seit Jahren befürchtet, darf nicht Realität werden. Eine stark verjüngte Belegschaft, die noch Ende 2012 in einem Betriebsprojekt ihre Zukunft, hoffnungsvoll gießen und gestalten wollte, „Wir gießen unsere Zukunft“, war das Thema ihrer Wochenende-Graffiti-Aktion in einer Gießereihalle, bangt gerade mal ein halbes Jahr später um ihre Zukunft.

Ein Traditionsbetrieb

Mit der Entwicklung der VOITH-Stoff- und Papiertechnik wurde die Notwendigkeit einer eigenen Gießerei in Heidenheim immer dringlicher. Bereits J. M. Voith baute 1863 die erste Gießerei mit damals 25 Arbeitern, die dann 1871



erweitert wurde. Aus einem Gusslager (siehe Bild 1907) wurde dann 1911 ein für viele Jahrzehnte wichtiger Produktionszweig, eine Gießerei mit Modellschreinerei und Modell-Lagerhaus. Die Traditionsgießerei VOITH beschäftigte ab 1911 rund 550 Arbeiter und Angestellte.

Verantwortung bleibt

Ob es Geschwister, die Söhne und Töchter, die Ur- und Urenkel oder -innen von Johann Matthäus Voith sind, die über Generationen an der Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten profitiert haben, sie sollten heute verpflichtet sein, Teile ihrer Gießereiprodukte in Heidenheim zu bestellen, denn Verantwortung bleibt. Die VOITH-Geschäftsführung und die Nachunternehmer der verkauften

VOITH-Gießerei, die heutige Heidenheimer Gießerei der SHW-CT-Gruppe, sind die Kettenglieder für die soziale Verantwortung der dort Beschäftigten. Eigentum verpflichtet. Insbesondere das Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie sind der Allgemeinheit, und so auch dem Einzelnen verpflichtet.

Die zweite Insolvenz und nun?

Nicht nur die ehemaligen VOITH-Gießereibeschäftigten und ihre Familien, auch alle Neuzugänge nach dem VOITH-Verkauf an Von Roll und weiter an die SHW-CT-Gruppe, verspüren mit ihren Familien, eine sich ständige wiederholende Existenzangst.

Solidarität im Kampf zur Standort-sicherung

Alle demokratischen und gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, sich gegen die drohende Schließung der ehemaligen VOITH-Gießerei zu widersetzen. Die Arbeitnehmervertreter in den VOITH-Aufsichtsräten, die Standortbetriebsräte und die Standortbeschäftigten, Stadtverwaltung, Gemeinderat, OB Ilg und die Öffentlichkeit in Heidenheim sollten eine solidarische Verpflichtung haben, sich für den



Begeisterte junge Gießereifacharbeiter

Standorterhalt der ehemaligen VOITH-Gießerei einzusetzen.

Gläubiger sind weg-Belegschaften bleiben

„Denn die Gläubiger sind weg wenn ihre Forderungen bedient sind - die Belegschaften bleiben (...)“ so Roland Hamm, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Aalen. Dass der Insolvenzverwalter nicht nur eine hohe Verantwortung habe, von Seiten der Beschäftigten sei auch eine hohe Erwartung erkennbar, ergänzten Ralf Willeck, Erster Bevollmächtigter Heidenheim sowie der Vertreter der IGM-Bezirksleitung Frank Iwer.



Nicht das Prinzip Hoffnung an die Insolvenz ist gefragt. Notwendig ist der gemeinsame Widerstand gegen die drohende Betriebsschließung.



Presserklärung der IG Metall

Aus einer gemeinsamen Presseerklärung IG Metall Aalen, Heidenheim und der Bezirksleitung Stuttgart ist zu entnehmen, dass das Insolvenzverfahren der SHW-CT-Gruppe jetzt allmählich in die entscheidende Phase komme. Da ab Juli das Insolvenzgeld durch die Bundesanstalt für Arbeit ausläuft muss klar sein, ob und wie die Betriebe durch den Insolvenzverwalter weiter geführt

werden oder ob es einen erfolgsversprechenden Übernehmer gibt.

„Die Belegschaften haben die Insolvenz nicht zu verantworten und haben es verdient, so schnell wie möglich zu wissen, wo die Reise hin geht“ sagt Ralf Willeck von der IG Metall Heidenheim. Deshalb erwartet die IG Metall vom Insolvenzverwalter, auch die Interessenlage der Belegschaften bei den Verhandlungen mit den Übernehmern sichtbar einzubringen.



Bundestagswahl 2013 Nie wieder CDU

Landauf und Landab kann von der Mappus-CDU nichts mehr erwartet werden. Es gibt sie nicht mehr, die CDU. Es gibt nur noch Merkel. Das Wahlprogramm der CDU ist gar nicht so wichtig, es sind eh nur versprochene Sprechblasen. Die CDU geht nicht mit einem Wahlprogramm sonder nur mit Merkel in den Wahlkampf. Die CDU hat schon lange keine Wahl mehr gewonnen, das ist bezeichnend. Sie hat viele Landtagswahlen verloren und auch in den Städten war sie wenig erfolgreich. Das ist der Preis für Perspektivlosigkeit und Vetterleswirtschaft. Nur Merkel gewinnt. Die CDU verliert. Es reicht einfach nicht aus nur mit einer Bundeskanzlerin in den Wahlkampf zu ziehen.

Und die FDP:

Oh Gott, oh Gott!



Die Mappus-CDU scheiterte am Protest gegen den Stuttgarter Tiefbahnhof. Am ENBW-Deal haben weitere Mappus-CDU-Vertraute Dreck am Stecken. Der Mappus selbst, der am Parlament vorbei mit seinem Duzfreund Notheis, der Großfinanz-Marionette gegen die Landesverfassung verstoßen hat. Ein Ulrich Müller, Mappus-Vertrauter, hat seine Pflichten im ENBW-Untersuchungsausschuss mit Füßen getreten, ein Herr Wolf, CDU-Landtagspräsident, wie auch CDU-Obmann Schebesta lauter „kumpelhafte Mappus-Vertraute“. Sie aber reden von Gemeinwohl und Demokratie.

Eine solche CDU kann doch nicht gewählt werden. ★

S 21 Neubautrasse Stuttg.-Ulm droht aus

Kein Brandschutzkonzept

Es ist und bleibt ein Skandal. Es ist und bleibt ein Milliarden-Immobilien-Projekt das unsere Steuergelder frisst.

Auch dafür ist die CDU/FDP im Ländle die Jahrzehnte, bis 2011 regierte, verantwortlich. Und heute scheuen sich Grüne und SPD aus dem unsinnigen Milliardengrab auszusteigen. Ein für das Genehmigungsverfahren geforder-

tes Brandschutzkonzept fehlt. Sind solche Planungsfehler keine kriminellen Handlungen? Wie kommt es dass die Planungsexperten

solche lebenswichtige Sicherheitsvorkehrungen vergessen können? Ist es denn für die honorigen Befürworter in Heidenheim, wie z.B. OB Ilg und versch. Amtsleiter der Stadtverwaltung, die Stadträte der CDU, Freien Wähler und SPD, Dr. Riguzzi und Ro-

gowski, (siehe auch Anzeige HZ 26.11.2011) und ihre politischen Satelliten, kein Skandal? Wie dick ist ihr politisches Fell, um sich gegen diese Planungsfehler und gegen die Verschwendung von Steuergeldern auszusprechen? Wenn öffentlich von einem Stopp oder gar einer Stilllegung des begonnen



Protest 2011 im Rathaus Heidenheim

Steinbühlentunnels gesprochen wird, ist das Ausmaß dieser Fehlplanung sichtbar. Wer kann eine Reparatur des Planungsfehlers oder den Neubeginn den Tunnels noch verantworten. Eine weitere Bauleiche haben die Befürworter von Stuttgart 21 im Keller.

Keine Wasserprivatisierung in Europa

Auf Druck von über 1,6 Mio Unterschriften in Europa hat der Europarat und das Europaparlament am 25 Juni 2013 entschieden, den Wasserbereich aus der EU-Konzessionsrichtlinie auszuklammern.

Mit diesem europäischen Kraftakt haben die Bürgerinnen und Bürger vieler europäischer Städte und Gemeinden den Ausverkauf unseres wichtigsten Lebensmittel Wasser, den multinationalen Konzernen wie Veolia, Suez-GDF und Nestle aus der Hand geschlagen. Dieser europaweite Protest war überaus erfolgreich.

Viele Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger werden sich



an den Infostand der DKP im Februar 2013 in der Karlstraße erinnern. Große Zustimmung fand die DKP-Information und die dazu von der Initiative eigens zur Unterschriftensammlung bereitgestellten Listen, in denen viele Bürgerinnen und Bürger ihren Protest zum Ausdruck brachten.

Für diesen Erfolg können wir auch in Heidenheim stolz sein.



Aber es gibt eine EU-Konzessionsrichtlinie, die auch wieder geändert werden kann. Die politische Wachsamkeit muss bleiben.



Interessierte
an der Kommunalpolitik
Kontakt über Altstadtrat
Ulrich Huber
Telefon 941783

Kommunalpolitischer
Arbeitskreis
Heidenheim
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Spende!
Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim
Vielen Dank!